Reichsfinanzstatistik zu haben. Sie scheint ziemlich vollkommen aufgehoben zu werden. Außer einigen wenigen Referenten und wissenschaftlichen Hilfsarbeitern ist sämtlichen Bearbeitern der Reichsfinanzstatistik im Statistischen Reichsamt bereits gekündigt.

Die Reichsfinanzstatistik muß also fallen, weil ihre Ergebnisse in Berlin nicht mehr entsprechen. Wir haben uns weder in Bayern noch in den anderen deutschen Mittel- oder Kleinstaaten jemals gegen die Reichsfinanzstatistik gewehrt und wollen auch heute, nachdem sie den Herren in Berlin unbequem wird, daß ihr Gerechtigkeit widerfahre. Die Reichsfinanzstatistik hat vorbildlich gearbeitet. Und wir brauchen sie im Kampfe um die Reichsreform noch öfter, um mit Tatsachen statt mit abstrakten Systemen arbeiten zu können und nicht zuletzt, um die Zahlenakrobatik eines Koch-Weser ein für allemal zu unterbinden.

Es muß festgestellt werden: Es gibt kein Land der Erde, das mit derartiger Gewissenhaftigkeit und so genau bis ins einzelne seine Finanzen niedergelegt hat. Es dürfte auch kaum eine bessere Methode für die Prüfung der Frage geben, ob ein Land billig oder teuer verwaltet wird, als die der Reichsfinanzstatistik. Wäre das Ergebnis so ausgefallen, daß Preußen am billigsten verwaltet wird, so wäre die vorzügliche Arbeit der Reichsfinanzstatistik bewundert und diese offenkundige Wahrheit auch in Berlin anerkannt worden. So aber hat es beim Abschluß dieser gigantischen Arbeit der Reichsfinanzstatistik in Preußen lange Gesichter gegeben. Denn das Ergebnis lautet: Wie im privaten Leben so auch im Staatsleben wirtschaften die Kleinen billiger als die Großen. Aber sie tun es nur, wenn sie unabhängig sind. Der Bundesstaat Schweiz hat eine billigere Verwaltung als der Einheitsstaat Dänemark. Denn die wichtigsten Faktoren der Sparsamkeit heißen: Freiheit und Selbstverantwortung!

Die Strafanträge im Industrie-Spionage-Prozeß.

Düsseldorf. (Funkspruch.) In dem **Industrie-Spionage-Prozeß gegen Buntrock und Genossen** beantragte der **Staatsanwalt** gegen den Angeklagten Dr. Buntrock ein Jahr Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe eventuell für je 20 Mark Geldstrafe einen Tag Gefängnis. Da Buntrock die Untersuchungshaft selbst verschuldet habe, bat der Staatsanwalt, nur drei Monate auf die Strafe anzurechnen. Gegen Dr. Jansen beantragte er eine Strafe von drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, ersatzweise für je 20 Mark einen Tag Gefängnis, gegen Dr. List drei Monate Gefängnis, ferner Einziehung sämtlicher beschlagnahmter Verfahren und Korrespondenzen.

Der Gewerkschaftsring zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Berlin. (Funkspruch.) Der **Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände**, dem 10 Berufsverbände mit 600 000 Mitgliedern angeschlossen sind, eröffnete heute seinen vierten freiheitlich-nationalen Kongreßtag, zudem viele ausländische Vertreter erschienen waren. Nach einer Begrüßung durch den zweiten Vorsitzenden des Gewerkschaftsringes Reichstagsabg. **Gustav Schneider**, G. d. A., erstattete der Generalsekretär Ernst Lemmer, M. d. R., den Bericht über das erste Jahrzehnt seit Bestehen des Ringes. Zum **Arbeitslosenproblem** bemerkte der Redner, daß auf jeden Fall eine ausreichende Unterstützung unverschuldeter Arbeitsloser sichergestellt werden müsse. Die Trennung des Reichshaushaltes von der Arbeitslosenversicherung sei nur möglich, wenn die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung gesichert seien. Ein weiteres Ansteigen der Beiträge sei untragbar. Die katastrophale Arbeitsmarktlage erfordere eine Revision der Arbeitszeitdauer. Im besonderen sei der Kampf gegen die Ueberstundenarbeit aufzunehmen und das geltende Arbeitszeitrecht daraufhin zu prüfen, inwieweit durch Abänderung die gesetzlich zulässigen Ueberstunden eingeschränkt werden könnten.

Lemmer empfahl die Politik der Reichsregierung zu unterstützen. **Es sei dabei aber notwendig, die Senkungsmaßnahmen aller Warenpreise bis zum Verbraucher durchzuführen.** Gegen volkswirtschaftlich ungesunde Preisbindungen müssen mehr als bisher die staatlichen Nutzmittel eingesetzt werden. Die Senkung der Gestehungskosten durch Lohnreduktionen sei erst dann sozial und ökonomisch gerechtfertigt, wenn die Gesamtkosten des Arbeitnehmerhaushaltes fühlbar gesenkt worden sind.

Zusammenstoß zwischen Gibson und Lord Cecil in Genf.

Genf. (Funkspruch.) Im vorbereitenden Abrüstungsausschuß wurde heute die **Frage der Abrüstung des Heeresmaterials** durch Begrenzung der Heeresausgaben besprochen. Es entspann sich eine lebhafte, zum Teil erregte Diskussion, in der Lord Cecil sich wiederum bemühte, seine grundsätzliche Wandlung in der Frage des Heeresmaterials zu decken. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen Gibson und Lord Cecil, als dieser im Anschluß an eine unklare Abstimmung die Feststellung verlangte, daß die Mehrheit der Kommission sich für die Begrenzung des Materials auf dem Budgetwege ausgesprochen habe. **Gibson widersprach** ziemlich heftig, worauf Lord Cecil zurückwich.

Graf Bernstorff erklärte kurz, der Ausschuß solle mit der **zwecklosen Diskussion Schluß machen** und seine Arbeiten möglichst bald beenden, damit die Abrüstungskonferenz, auf der die Entscheidung falle, einberufen werden könne.

„D 2000" in Paris gelandet.

* **Paris.** Das Junkers-Großflugzeug „D 2000" ist Freitagnachmittag 14 Uhr 10 französischer Zeit nach einem Fluge von 8 Stunden 5 Minuten auf dem Flugplatz von Le Bourget glatt gelandet. Das Flugzeug wurde von einem Vertreter des französischen Luftfahrtministeriums, dem Vertreter der deutschen Lufthansa und ein Mitglied der deutschen Botschaft herzlich begrüßt. Dr. Böhn von den Junkerswerken sprach sich sehr anerkennend über den herzlichen Empfang, den das Flugzeug in Bordeaux gefunden hat, aus. „D 2000" hat etwa 5000 Kilometer zurückgelegt und wird sich 1–2 Tage in Paris aufhalten. Es steht noch nicht fest, ob der Weiterflug über London oder direkt nach Dessau führen soll.

Verurteilung wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat.

X **Leipzig.** Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Schriftsetzer und Druckereibesitzer Ernst Friedrich aus Berlin und den Maschinenbauer-Inhaber Willi Freitag aus Berlin-Lichterfelde wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat, und zwar Friedrich zu einem Jahre und Freitag zu neun Monaten Festungshaft. Friedrich, der bekannt ist durch seine anarchistischen Schriften und durch sein Antikriegsmuseum in der Parochialstraße in Berlin in Aufsicht, in der Zeit von Anfang Juli 1929 bis März d. J. durch das Drucken der verbotenen kommunistischen Zeitschrift „Die Rote Front", die gewaltsame Aenderung der gegenwärtigen Staatsform vorbereiten geholfen zu haben. Freitag hat durch Lieferung des Maschinensatzes Beihilfe geleistet.

Das deutsche Lied.

Der Kampf um die neue Satzung des Deutschen Sängerbundes.

Verhältnis zwischen Sängertag und Gesamtausschuß. Professor Polheim, Graz, macht Vorschläge.

GDK. Laut Beschluß des Sängertages in Leipzig (April dieses Jahres) soll für den Deutschen Sängerbund eine neue, modern orientierte Satzung vorbereitet werden, die dem nächsten Sängertag, der im Herbst 1931 stattfindet, vorgelegt werden soll. Mit den Vorarbeiten ist ein Satzungsausschuß von fünf Mitgliedern beauftragt. Prof. Polheim, Graz, der der Kommission angehört, machte in der Deutschen Sängerbundeszeitung längere Ausführungen darüber, welche Reformen er im Interesse der Sache für notwendig hält. Wir entnehmen den Ausführungen folgende beachtenswerte Gesichtspunkte.

Es bedarf dringend eines Wesensunterschiedes zwischen dem Sängertag und dem Gesamtausschuß. Die Einführung der Verhältniswahl für den Gesamtausschuß im Jahre 1925 hatte die natürliche, aber scheinbar zu wenig bedachte Folge, daß es nunmehr zwischen Sängertag und Gesamtausschuß keinen Wesensunterschied mehr gab; Zusammensetzung und Abstimmungsverhältnis sind wesensgleich, da beide in gleicher Art nach derselben Wahlgeometrie erfolgen. Der Unterschied liegt nur mehr im Umfang, so zwar, daß beim Sängertag auf denselben Körper verhältnismäßig mehr Abgeordnete und Stimmen entfallen, im Gesamtausschuß verhältnismäßig weniger. Das Verhältnis der Stimmen aber bleibt dasselbe, und die Annahme oder Ablehnung eines Antrags im vorberatenden Gesamtausschuß zeigt unweigerlich an, welches Schicksal derselbe Antrag am Sängertag zu gewärtigen hat. Es ist daher selten ein treffenderer Ausdruck gefunden worden, als der von der „Attrappe", der seinem Urheber heftige Vorwürfe eintrug und den er deshalb der Vergessenheit anheimfallen zu lassen dringend bat. Die Vorwürfe aber waren ungerechtfertigt, da jedermann sehen muß, daß die Verfassung von 1925 tatsächlich eine solche Attrappe schuf, wobei es nur gleichgültig ist, ob man sagen will: der Sängertag ist eine Attrappe des Gesamtausschusses, oder umgekehrt: der Gesamtausschuß ist eine Attrappe des Sängertags.

Die Tatsachen sprechen klar und eindringlich und beweisen, wenn man nur folgerichtig denken will, daß eine der beiden Körperschaften in der gegenwärtigen gleichen Zusammensetzung entbehrlich und überflüssig ist. Eine so gewaltige Organisation aber wie der DSB. verträgt keinen Leerlauf von so erheblichem Ausmaß, der natürlich auch sehr kostspielig ist. Es muß demnach bei der Neugestaltung der Satzung eine andere Lösung gefunden werden. **Auch der Satzungsentwurf des Hauptausschusses von Anfang 1930 suchte eine Lösung und schlug vor, den Gesamtausschuß ganz zu beseitigen.** Dieser Absicht wurde auf das lebhafteste widersprochen und ein Zwischenglied zwischen dem kleinen Hauptausschuß und dem großen Sängertag als unumgänglich nötig bezeichnet. Denn der Hauptausschuß muß naturgemäß leicht beweglich und eine Körperschaft von wenig Mitgliedern sein, der man weder die ganze Last der Entschließung noch der Verantwortung aufbürden darf; es ist sein Wirkungsbereich gar nicht so sehr beschließender als vielmehr ausführender Art. — Wird aber ein Zwischenglied (Gesamtausschuß) für nötig erachtet, so muß es in seiner Zusammensetzung anders geartet sein und auf andere Weise gebildet werden als der Sängertag. **Für den Gesamtausschuß muß das Vertretungsprinzip** (bisher sind die Mitglieder des G.-A. Vertreter der Einzelbünde) **fallen, das dem Sängertag zu bilden weiterhin berufen bleibt.**

Wird also der Gesamtausschuß wieder eine frei gewählte Versammlung der besten Köpfe ohne das Vertretungsprinzip, dann kann seine Mitgliederzahl soweit eingeschränkt werden, daß dieser kleinere Körper nötigenfalls auch zweimal im Jahre tagen kann. Das käme gedeihlicher Arbeit sehr zu statten.

Aber auch die Kreiseinteilung ist für die Bildung des Gesamtausschusses nutzbar zu machen. Denn das eine Verdienst wird man ihr nicht absprechen können, daß sie nämlich mit jedem ihrer 28 Kreise eine Landschaft des Bundesgebietes umgrenzt. Um nun den Gesamtausschuß so zu gliedern, daß er eine gleichmäßige Beteiligung des ganzen Bundesgebietes gewährleistet, hätte die Satzung zu bestimmen, daß der Sängertag aus jedem Kreise ein Gesamtausschußmitglied frei erwählt. Ohne Vorschlag der Kreise also, der den Erwählten einseitig verpflichten müßte: da auf dem Sängertag jedes Bundesmitglied (Einzelbund) zu Wort und Recht kommt, darf der Vorschlag durch den Kreis unbedenklich fallen, zumal er oft genug nur zu Mißhelligkeiten Anlaß gab; das Einvernehmen in mehrgliedrigen Kreisen wird dadurch nur gefördert werden. Die Gewählten sind demnach nicht mehr Vertreter, wohl aber Sachverständige aus einzelnen Stammgebieten und Kenner ihrer Bedürfnisse; der Gesamtausschuß im ganzen wird auch ohne Verhältniswahl ein wahres Abbild der Stämme und Landschaften sein. Damit ist endlich und endgültig auch die „Attrappe" beseitigt, der leere Gleichlauf zweier großer Organe.

Und was die Großbünde angeht, die damit freilich einige Sitze verlieren, so wird die Kraft der Persönlichkeit und die Macht und Würde ihres Auftretens den Ausfall unschwer ausgleichen. Leistet doch der Gesamtausschuß nur Vorbereitungsarbeit, das letzte Wort hat in jedem Fall der Sängertag zu sprechen, dem nun seine uneingeschränkte Machtvollkommenheit zurückgegeben wird und der allezeit das Ziffernverhältnis der Sängerscharen abspiegeln wird.

Außerdem kann diesem kleinen Körper von 28 Mitgliedern das Recht gegeben werden, sich durch Zuwahl um einige Köpfe zu vermehren, um so Platz zu schaffen für bedeutende Sängerführer, deren Mitarbeit für den DSB. besonders wertvoll ist. Im ganzen ergäbe sich, wenn man zu diesem Organ noch einen Hauptausschuß von 5 bis 7 Mitgliedern hinzurechnet, doch nur eine unüberschreitbare Zahl von 30 bis 35 Köpfen, die sicher ebenso Ersprießliches leisten oder noch erfolgreicher wird arbeiten können, als der doppelt so starke Gesamtausschuß der letzten Jahre.

•

Die Not der Zeit in den Vereinen.

Appell des Rheinischen Sängerbundes an die Chorleiter.

GDK. Wir entnehmen einem Bericht über den Sängertag des Rheinischen Sängerbundes in Koblenz folgende Einzelheiten einer Rede von Direktor **Krüger-Elberfeld**: Daß die schwere wirtschaftliche Not sich auch in den Männer-Gesang-Vereinen in erschreckendem Maße bemerkbar machen muß, liegt auf der Hand. Die Zahl der erwerbslosen Sänger steigt immer mehr, die Einnahmen gehen immer weiter zurück. Um nicht das ganze Vereinsleben in Gefahr zu bringen, ist größte Sparsamkeit das Gebot der Stunde. In vielen Vereinen besteht nun noch aus früherer besserer Zeit die Uebung, den Chorleiter über Tarif zu bezahlen. Vielleicht ließe sich hier auch noch sparen.

Bei aller Anerkennung des alten Grundsatzes, daß zwischen Chorleiter und Verein ein Vertrauensverhältnis herrschen müsse, faßte die Versammlung folgende Entschließung: „Der Rheinische Sängerbund richtet an die Chorleiter die herzliche Bitte, der infolge der wirtschaftlich schweren Zeit in allen Gesangvereinen hervorgerufenen finanziellen Notlage in entsprechendem Maße Rechnung zu tragen. Nachdem schon zahlreiche Chorleiter in anerkennenswerter Weise für die Dauer der großen Erwerbslosigkeit auf einen Teil ihres Honorars und auf die Vergütung für die einzelnen Konzerte überhaupt verzichtet haben, bittet der Rheinische Sängerbund auch die übrigen Chorleiter dringend im Interesse einer ungefährdeten Fortführung der gemeinsamen Arbeit, diesem Beispiel zu folgen."

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 15. November 1930.

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen wird in Begleitung seiner Gattin seinen angekündigten Besuch in Berlin am 22. November abstatten. Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten verfolgt keinerlei politischen Zweck. Es handelt sich um einen reinen Höflichkeitsbesuch. Graf Bethlen hat in den bisherigen neun Jahren seiner Amtstätigkeit Deutschland noch nicht besucht.

Die Reise Stegerwalds nach London.

Berlin. (Funkspruch.) Reichsarbeitsminister Stegerwald wird, der bekannten Einladung Englands folgend, am Sonntag, den 16. ds. Mts. nach London fahren, um am 17. und 18. November Besprechungen mit dem englischen Arbeitsminister Miß Bondfield über Arbeitsfragen zu führen. In Begleitung des Ministers werden sich unter anderem Ministerialdirektor Sitzler, Ministerialdirigent Feig befinden.

Wieder deutsche Tonfilme in Prag.

Prag. (Funkspruch.) In drei Lichtspieltheatern wurden gestern zum ersten Male wieder deutsche Tonfilme aufgeführt. Die Theater sind für die nächsten Tage ausverkauft. Zu Störungen ist es nicht gekommen. Die Behörden haben ein starkes Polizei- und Gendarmerieaufgebot zur Verhütung von Zwischenfällen in Bereitschaft gehalten. Die tschechoslowakische Presse äußert sich dahin, daß es nicht möglich sei, auf die Dauer deutsche Tonfilme in Prag auszuschalten, denn sonst würde insbesondere die tschechische Filmproduktion bedroht.

Die Stahlhelm-Abordnung in Genua.

* **Rom.** Die Stahlhelm-Abordnung ist auf ihrer Studienreise am Freitag in Genua eingetroffen, wo sie von den Vertretern der faschistischen Hochschul-Organisation empfangen wurde. Der Tag galt der Besichtigung der wichtigsten Einrichtungen Genuas, darunter des Hafens.

Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt.

* **Newyork.** Präsident Hoover gab bei einer Unterredung mit der Presse zu, daß die Regierung in diesem Jahre zum ersten Male seit dem Weltkriege mit einem Fehlbetrag im Haushalt rechne. Die Erhöhung der Einkommensteuer sei nicht zu vermeiden.

An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen

ziehen die Postanstalten die Bezugsgelder für Lieferung des „Riesaer Tageblattes" im nächsten Monat ein.

Wir bitten auf pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 23. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verspätung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tageblatt"-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

Wasserstände	14. 11. 30	15. 11. 30
Moldau: Zamaik	+ 40	+ 35
Modran	— 3	— 11
Eger: Laun	+ 58	+ 55
Elbe: Nimburg	+ 80	+ 79
Brandeis	+182	—
Melnik	+114	+118
Leitmeritz	+107	+112
Aussig	+128	+116
Dresden	— 31	— 37
Riesa	+ 58	+ 50

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa.)

9. 11. 0,3 mm. 10. 11. kein Niederschlag. 11. 11. 1,6 mm. 12. 11. 2,2 mm. 13.—15. 11. kein Niederschlag.

Einfach möbl. Zimmer mit Mittagstisch v. Herrn gesucht. Offert. unt. Z 278 an das Tageblatt Riesa.

Zimmer mit Bad u. elektr. Licht zu vermiet. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Fräul. sucht einf. möbl. Zimmer mit sep. Eing. Off. u. C 281 an das Tageblatt Riesa

Gut möbl. Zimmer in beff. Hause zu vermiet. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

3-Zimm.-Wohnung in Riesa zu mieten gesucht. Ausführl. Angeb. u. R 278a an das Tageblatt Riesa.